

Diskussionspapier

Schule neu denken

Anlage zum Beschluss AfB008 der AfB-Bundeskonferenz vom 18. September 2021:

„Alle Gliederungen und Gremien der SPD werden aufgerufen, das beiliegende Papier intern und öffentlich zu diskutieren, der Arbeitsgemeinschaft für Bildung (AfB) auf Länderebene Rückmeldungen zu geben und für die politische und parlamentarische Arbeit zu nutzen.“

1. Die digitale Revolution (als gesellschaftliche Revolution¹) definiert Schule neu – oder schafft sie ab.

Mit den technischen Möglichkeiten der Digitalisierung kann Wissen zunehmend auch außerhalb der Schule effektiv erworben werden. Schule als hauptsächlicher Ort der Wissensvermittlung wird obsolet. Scheinbar sekundäre Dinge wie sozial-emotionale und kommunikative Kompetenzen treten zunehmend in den Vordergrund. Ohne den Paradigmenwechsel weg von der Wissensbevorratung für das künftige (Erwerbs-) Leben hin zur Ausbildung umfassender Lebenskompetenz - also der Ausbildung sozialer, personaler, kommunikativer, praktischer, kultureller und für Problemlösung und Wissensaneignung nötiger Kompetenzen auf der Basis gefestigter Kulturtechniken und sicher verfügbaren Basiswissens und gefestigter Wertvorstellungen - verliert die Schule ihre Berechtigung und die Gesellschaft einen wichtigen Ort der Sozialisation und Integration.

Die neuen technischen Möglichkeiten sind zugleich neue Möglichkeiten der individuellen Differenzierung sowie Förderung und damit des erfolgreichen kognitiven Lernens in heterogenen inklusiven Gruppen mit viel Raum für Eigenständigkeit und eigene Interessen, ohne diese gegen andere durchsetzen zu müssen. Eine Bildungs-Cloud auf Basis freier und barrierearmer Bildungsmaterialien (OER) ist dafür eine geeignete Grundlage.²

¹ „Digitale Revolution“ wird also als eine gesamtgesellschaftliche Umwälzung infolge der technischen Übertragung von Informationsverarbeitung und Kommunikation auf Maschinen verstanden, nicht als nur technische Revolution. Sie steht damit in einer Reihe mit der agrarischen (neolithischen) und der industriellen Revolution, die zum einen den Übergang zur Produktion und zum anderen die Übertragung stofflich-energetischer Prozesse auf Maschinen bezeichnen und jeweils mit basalen Veränderungen gesellschaftlicher Strukturen verbunden sind. Wir befinden uns am Anfang der digitalen Revolution.

² Die BildungsCloud, die wir hier meinen, ist mehr als eine technische Plattform, in der jeder etwas einstellen und verknüpfen kann. Sie ist vielmehr eine vorbereitete und doch adaptive, KI-gestützte Lernumgebung, gefüllt mit Inhalten bisheriger Medienanbieter aber auch neuer und nach dem Konzept der Open Educational

2. Sozialer Zusammenhalt braucht längeres gemeinsames Lernen aller Schülerinnen und Schüler.

Nur wenn wir uns vielfältig kennen lernen, können wir Zusammenleben lernen. Die Herausforderungen der Zukunft werden sich in einer soziokulturell ungeübten und in kommunikativ einseitigen Bezugsgruppen verhafteten Gesellschaft nicht bewältigen lassen. Erst mit der Pubertät bilden sich die relativ festen Wertorientierungen und sozialen Kompetenzen aus, die uns ein Leben lang begleiten. Wenn die nachfolgenden Generationen nicht bis hierher lernen, miteinander zu kommunizieren, sich trotz der Verschiedenheit zu achten und den anderen zu verstehen und zu akzeptieren, dann werden wir die soziale Spaltung der Gesellschaft weiter verfestigen.³ Das gemeinsame Lernen und Leben in einer Schule, die sowohl anregungsreicher und hochwertiger Lernort als auch demokratischer Lebensraum ist, ist die Antwort auf die soziokulturelle Spaltung der Gesellschaft und auf die Herausforderungen der digitalen Revolution.

3. Neuer Bildungsauftrag braucht Verantwortung vor Ort – kommunale Schulen⁴ können sie schaffen.

Eine Schule, die einen wie oben beschriebenen Bildungsauftrag erfüllt, bedarf keiner zentralen Steuerung der Organisation der Lernprozesse. Sie braucht verlässlichen Zugriff auf Ressourcen, die sich auch an den besonderen Bedürfnissen von Schülerinnen und Schülern orientieren, und funktionierende Unterstützungssysteme, damit sie auf dieser Basis ihre Verantwortung für die Erfüllung des gesellschaftlichen Bildungsauftrages in Zusammenarbeit mit dem Elternhaus und kommunalem Umfeld virtuos wahrnehmen kann. Zentrale Vorgaben für abprüfbare Kompetenzen und damit die Bildungshoheit der Länder werden sinnvollerweise in der BildungsCloud hinterlegt und können dort zur Steuerung der Lernprozesse verwendet werden.

Resources (OER) erstellter Inhalte, die geprüft und kostenfrei zur Verfügung stehen. Diese Plattform erlaubt sowohl den Lernenden als auch den Lehrenden, Auswahlen zu treffen und Pfade zu definieren. Grundsätzlich sind differenzierte Lernmaterialien für alle Bildungsziele aller Bundesländer enthalten. Es wäre Verschwendung von Ressourcen, wenn jedes Land selbst eine solche technische Basis bereitstellen will, die funktional praktisch identisch sein müsste.

³ Wir haben nicht die Illusion, dass Schule allein die Spaltung der Gesellschaft überwinden kann. Wir sind aber der Überzeugung, dass eine notwendige Bedingung für diese Überwindung ist, die soziale und kulturelle Spaltung nicht schon in den Schulen zu begründen. Zukünftige politische Akteure brauchen jenseits von politischem Populismus die Kommunikationsfähigkeit mit allen Schichten und den inneren Antrieb, die Spaltung der Gesellschaft zu überwinden.

⁴ Kommunale Schulen haben im Gegensatz zu den staatlich-kommunalen Schulen den vollen Zugriff auf ihr Personal. Die kommunale Gebietskörperschaft ist somit nicht nur sächlicher, sondern auch personaler Schulträger, wobei die Verantwortung für die Gestaltung der Bildungsprozesse in der Schule liegen muss. Die Verantwortung des Staates besteht weiter in der Vorgabe der Bildungsziele und -standards (möglichst KMK-kordiniert) und in der verlässlichen Ausstattung der Schulen mit Ressourcen, wozu auch Unterstützungssysteme gehören. Man findet dieses Modell erfolgreich in vielen Staaten und kann aber auch immer studieren, welche Fehler man besser vermeidet. Ein wichtiger Synergie-Effekt, der sich musterhaft am finnischen Schulwesen beobachten lässt, ist das Zusammenfallen von Schulträgerschaft mit der Trägerschaft für Sozial- und Jugendhilfe. In Deutschland kann man vornehmlich an freien Schulen studieren, welche positiven Auswirkungen die Verlagerung der Verantwortung an die Schulen hat, selbst mir schlechterer Ressourcenausstattung. Hinsichtlich des Personals ist unerheblich, ob es beim Land angestellt/verbeamtet ist oder bei der Kommune. Wichtig ist, dass die Personalhoheit beim Schulträger liegt und der verpflichtet ist, den Schulen die nötigen Gestaltungsräume zu gewähren. Schulen müssen nach unserer Überzeugung aus ihrem derzeitigen Status der unteren Verwaltungsbehörden in den Status von gemeinnützigen Gestaltungs-Unternehmen überführt werden.